

Julia Neigel

Ich arbeite seit über 40 Jahren bundesweit freiberuflich als Musikerin (Sängerin / Textdichterin / Komponistin / Musikproduzentin / Buchautorin), mache Musikaufnahmen und Konzerte. Ich bin Soloselbstständige und als Sängerin berufsbedingt bei der Band SILLY regelmässig im Bundesland Brandenburg, weil diese dort in Münchehofe/Hoppegarten deren Studio haben und dort ansässig sind.

Ehrenamtliche Aktivitäten:

- Ich war ehrenamtliche GEMA-Aufsichtsrätin der deutschen Urheber und wirkte bei der deutschen Urheberrechtsreform im Jahre 2012 mit.
- Ich leitete zuvor eine Arbeitsgruppe für die SPD im Bundestag im Auftrag des Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel für das Problemfeld: *Kriminelle Geschäftsmodelle und Plünderung der Kultur im digitalen Binnenmarkt*.
- Ab dem Jahr 2016 war ich im EU-Parlament als Mitglied und Vertreterin der IAO (International Artist Organisation) als die Gesandte der deutschen Künstler und ehrenamtliche Lobbyistin im Bereich der *EU-Urheberrechtsreform im digitalen Binnenmarkt* in Brüssel aktiv.
- Während der Corona-Politik habe ich zwischen 2020-2023 mehrere Sitzungen mit 2 Ministerien (*Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium für Soziales und Arbeit* sowie der *Künstlersozialkasse KSK*) mit Vertretern der bundesweiten Kulturwirtschaft organisiert und an der Entwicklung der Förderprogramme für die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft mitgewirkt, zum Beispiel bei dem Förderprogramm zur *November/Dezember-Hilfe 2021*, zum *Kultur-Neustart 2022*, sowie zum Antrag der Förderhilfe zu Konzerten unter der *Massnahme 3G*.
- In den Jahren 2020/2021 fungierte ich als Sachverständige in den Kultur- und Medienausschüssen im deutschen Bundestag und im Landtag Sachsen zu den Auswirkungen der Corona-Politik für die Kultur.
- Seit 2020 bin ich als Menschenrechtsverteidigerin im Sinne der UN-Resolution Nr. 53/144 hauptsächlich für den Bereich der sozialen, gesellschaftlichen und vor allem kulturellen Teilhabe bei der UNO als solche registriert. Im September 2025 hatte ich zusammen mit weiteren Mitgliedern der Menschenrechtsorganisation ZAAVV (*Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit* aufgrund der Corona-Maßnahmen*) in Genf bei der 78. Sitzung ein Treffen mit der UNO, bei der wir als Organisation unseren Parallelbericht zum Bericht der deutschen Regierung übergeben haben (siehe Anlage 1). Darin werden verschiedene Pflichtverletzungen aus dem Bereich des Völkerrechts durch die deutsche Bundesregierung dargelegt, u.a. die Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Jahren 2019 bis 2025 im Bereich der kulturellen Teilhabe, die eine Pflichtverletzung des Artikel 15 (kulturelle Teilhabe) aus dem völkerrechtlichen Vertrag des *UN-Sozialpakt (ICESCR)* darstellt. Der ZAAVV-Parallelbericht über die Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des UN-Sozialpakts umfasst 7 Jahre und betrifft in jüngster Zeit massgeblich die bundesdeutsche Corona-Politik und deren Auswirkungen auf menschenrechtliche Schutzbereiche, sowie die seit Jahrzehnten anhaltende digitale Plünderung an der Kultur die durch die zusätzliche Corona-Politik einen Kollaps und Zusammenbruch der Kulturbranche ab dem Jahre 2021 verursacht hat. Eine Sitzung mit Vertretern der bundesdeutschen Regierung sowie deren auswärtiges Amt mit der UNO und uns als Organisation ZAAV zu diesen Themen ist dazu im Herbst 2026 in Genf geplant.

